

ZIMBABWE 2021

Die Menschenrechtsslage verschlechterte sich weiter, da die Regierung Menschenrechtsverteidigern, Demonstranten, politischen Aktivisten und Journalisten feindselig gegenüberstand. Sie wurden schikaniert, verhaftet, strafrechtlich verfolgt und lange Zeit in Untersuchungshaft gehalten; ein Aktivist wurde angeblich von Anhängern der Regierungspartei ZANU-PF getötet. Der Staat griff zu den Waffen der Covid-19-Abriegelungen, um politische Aktivitäten einzuschränken. Die Sicherheitskräfte verübten rechtswidrige Tötungen. Der Oberste Gerichtshof hob eine 20-jährige Haftstrafe gegen zwei Anhänger der Opposition auf. Tausende wurden gewaltsam von ihrem Land vertrieben. Die öffentlichen Krankenhäuser waren nach wie vor unterfinanziert, und die schlechte Gesundheitsinfrastruktur gefährdete die Gesundheit von Frauen und Mädchen. Viele Menschen liefen Gefahr, staatenlos zu werden.

Hintergrund

Die Regierung erließ zwei Verfassungsänderungen, die heftig kritisiert wurden, weil sie die Unabhängigkeit der Justiz untergrabe. Im April verabschiedete das Parlament die Verfassungsänderung 1 von 2017, die es dem Präsidenten ermöglicht, den Obersten Richter, den stellvertretenden Obersten Richter und den Präsidenten des Obersten Gerichtshofs ohne offene Auswahlverfahren zu ernennen. Im Mai verabschiedete es die Änderung 2, die es dem Präsidenten ermöglicht, amtierende Richter ohne offenes Auswahlverfahren für freie Stellen an den höheren Gerichten zu ernennen. Die Lebenshaltungskosten stiegen, und die Regierung verfehlte ihr Ziel, 1 Million hilfsbedürftige Menschen zu versorgen, und stellte ihr Sozialhilfepaket Covid-19 während der dritten Welle von Juni bis August ein.

Freiheit der Meinungsäußerung

Die Behörden gingen zunehmend feindselig gegen Personen vor, die eine abweichende Meinung vertraten. Im Oktober wurde gegen Spenser Chiteera, einen Polizeibeamten in Mount Darwin, ein Disziplinarverfahren eingeleitet, weil er Nelson Chamisa, den Präsidenten der oppositionellen Movement for Democratic Change-Alliance (MDC-A), online mit dem Wahlkampfslogan "Ngaapinde Hake Mukomana" ("Lasst den Jungen führen") unterstützt hatte. Im selben Monat verhaftete die Polizei Maxwell Guvava, ebenfalls Polizeibeamter, wegen Beleidigung oder Untergrabung der Autorität des Präsidenten, nachdem er gegenüber Anhängern der ZANU-PF erklärt hatte, dass "das Land verrottet ist" ("nyika yaora"). Im August wurde das Gesetz über Cybersicherheit und Datenschutz erneut in das Parlament eingebracht, nachdem Fehler in seinem Text festgestellt worden waren. Das Gesetz unterschied sich inhaltlich von der veröffentlichten Fassung, die den Bürgern bei öffentlichen Anhörungen vorgestellt worden war; die Regierung wurde dafür kritisiert, dass sie bei der Ausarbeitung des Gesetzes den öffentlichen Konsultationsprozess missachtet hatte.

Journalisten und Medienmitarbeiter

Mindestens 15 Journalisten wurden von Sicherheitskräften bei der Ausübung ihrer Arbeit festgenommen, verhaftet oder angegriffen. Im Januar wurde Michael Magoronga in Kwekwe verhaftet, weil er eine abgelaufene Akkreditierungskarte der simbabwischen Medienkommission benutzt hatte. Samuel Takawira vom Online-Medienforum 263Chat wurde im April von der Polizei angegriffen, als er über die Verurteilung von Makomborero Haruzivishe, einem Jugendaktivisten der MDC-A, vor dem Amtsgericht berichtete (siehe unten, Willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen). Der freiberufliche Journalist Jeffrey Moyo wurde am 26. Mai verhaftet, weil er gegen das Einwanderungsgesetz verstoßen hatte, indem er zwei Journalisten der New York Times dabei half, eine Medienakkreditierung zu

erhalten. Ihm wurde eine Kaution verweigert, er wurde jedoch am 15. Juni freigelassen. Im September wurden neun Journalisten verhaftet, weil sie über eine MDC-A-Demonstration vor den Büros der simbabwischen Wahlkommission berichtet hatten. Nach gerichtlicher Intervention wurden sie ohne Anklage freigelassen.

Ebenfalls im September wurde Gilbert Munetsi festgenommen und inhaftiert, weil er auf dem Heimweg von der Arbeit gegen die Ausgangssperre von Covid-19 verstoßen hatte. Nach dem Einschreiten seines Anwalts wurde er am nächsten Tag freigelassen. Im selben Monat wurden zwei Journalisten festgenommen, als sie über die Gedenkfeierlichkeiten zum Jahrestag der MDC-A in Bulawayo berichteten.

Acht kommunale Radiosender erhielten im September eine Betriebslizenz.

Willkürliche Verhaftungen und Inhaftierungen

Die Behörden schränkten das Recht auf Protest ein, indem sie die Covid-19-Verordnungen als Waffe einsetzten, um gegen politische Aktivisten, Menschenrechtsverteidiger und andere Personen mit abweichenden Ansichten vorzugehen.

Am 2. Februar wurden die MDC-A-Aktivistinnen Cecilia Chimбири und Joanah Mamombe im Hochsicherheitsgefängnis Chikurubi festgenommen und inhaftiert, da sie beschuldigt wurden, während einer landesweiten Abriegelung gemäß Abschnitt 11 des Statutory Instrument 83 von 2020 die Polizeigewalt untergraben zu haben. Am 8. Februar wurden sie gegen Kaution freigelassen.

Makomborero Haruzivishe wurde am 17. Februar verhaftet, nachdem Männer in Zivil auf ihn geschossen hatten. Ihm wurde vorgeworfen, zur öffentlichen Gewalt aufgestachelt zu haben, weil er Februar 2020 bei einem Protest vor der simbabwischen Wahlkommission in der Hauptstadt Harare eine Trillerpfeife benutzt hatte. Im April wurde er zu 36 Monaten Gefängnis verurteilt, von denen 16 zur Bewährung ausgesetzt wurden. Er legte gegen das Urteil Berufung ein und wurde im Juli gegen Kaution freigelassen, die jedoch umgehend von einem Richter widerrufen wurde, der anordnete, dass er in Untersuchungshaft bleibt, bis andere Anklagepunkte gegen ihn erhoben werden. Nachdem Joanah Mamombe und Cecilia Chimбири sich auf einer Pressekonferenz mit ihm solidarisiert hatten, wurden sie am 6. März erneut verhaftet. Sie wurden auf einer Polizeistation verhaftet, zu der sie sich im Rahmen ihrer Kautionsverpflichtung begeben hatten.

Sie wurden auf einer Polizeistation festgenommen, zu der sie sich im Rahmen ihrer Kautionsauflagen begeben hatten, und beschuldigt, gegen die Covid-19-Vorschriften verstoßen zu haben. Eine Kaution wurde ihnen verweigert, sie wurden jedoch am 5. Mai freigelassen.

Im März führte die Polizei eine Razzia im Haus des zivilgesellschaftlichen Aktivisten Prosper Tiringindi in Masvingo durch, um Beweise für seine Beteiligung am Sprühen von Graffiti-Botschaften zu finden, in denen er die Rückgängigmachung der um 500 % gestiegenen Inflation forderte. Er wurde verhaftet und später ohne Anklage freigelassen. Am 6. April stürmten vier bewaffnete Sicherheitsbeamte erneut sein Haus, um nach ihm zu suchen.

Neun Mitglieder des Masvingo Residents Forum wurden am 23. April verhaftet, weil sie gegen die zweimonatige Wasserknappheit in Masvingo protestiert hatten. Sie wurden gemäß Abschnitt 37 der Strafrechtskodifikation wegen Teilnahme an einer ungesetzlichen Versammlung mit der Absicht, öffentliche Gewalt zu fördern, angeklagt und am 24. September freigesprochen.

Alice Kuvheya, Direktorin von Chitrest, einer Bürgerstiftung, wurde am 14. Juni verhaftet und wegen "Anstiftung zur Teilnahme an einer Versammlung mit der Absicht, öffentliche Gewalt zu fördern" und "Anstiftung zu öffentlicher Gewalt" angeklagt, nachdem sie die örtlichen Behörden beschuldigt hatte, mit der Polizei zusammenzuarbeiten, um informelle Händler zu vertreiben. Kurz zuvor hatte sie ein Gerichtsverfahren gewonnen, das den Abriss von Gebäuden informeller Händler verhinderte. Ein Gericht wies die Anklage am 28. Juni bzw. im November ab.

Vierzig Kriegsveteranen, die am 26. Oktober in Harare verhaftet wurden, weil sie gegen die mageren

monatlichen Renten von weniger als 100 US-Dollar protestiert hatten, wurden wegen Landfriedensbruchs angeklagt. Sie wurden vier Tage später gegen Kautionsfreilassung freigelassen.

Versammlungsfreiheit

Am 30. Juni erließ der Provinzentwicklungskoordinator für die Großstadtprovinz Harare eine Anweisung, wonach NROs vor der Durchführung von Aktivitäten in Harare Arbeitspläne vorlegen müssen. Am 3. August entschied der Oberste Gerichtshof, dass die Richtlinie verfassungswidrig sei.

Am 5. November wurde im Amtsblatt eine Änderung der Vorschriften des Private Voluntary Organizations Act veröffentlicht, die die Schließung von Organisationen ermöglicht, die im Verdacht stehen, während der Wahlen Politiker zu finanzieren oder für sie Wahlkampf zu machen.

Nach der Aufhebung der Covid-19-Beschränkungen im September begann Nelson Chamisa (siehe oben, Freiheit der Meinungsäußerung) im Oktober seine "Meet the People"-Tour. In der Provinz Masvingo und anderen Orten störten ZANU-PF-Anhänger die Tour, beschädigten Fahrzeuge und schlugen Dorfbewohner, die ihn unterstützen wollten. Sie zwangen seine Anhänger, darunter auch ältere Menschen, ihn öffentlich zu denunzieren. Am 20. Oktober wurde in der Provinz Manicaland auf sein Auto geschossen.

Unerlaubte Tötungen

Am 16. Januar schossen sechs Soldaten am Stadtrand von Gweru auf vier Dorfbewohner, töteten einen und verletzten andere, nachdem die Einheimischen sie zur Rede gestellt hatten, weil sie bei einer Suche nach Kupferkabeldieben Dorfbewohner angegriffen hatten. Die sechs Soldaten wurden festgenommen, des Mordes angeklagt und gegen Kautionshaft in Untersuchungshaft genommen.

Der MDC-A-Anhänger Nyasha Mawere starb im November, nachdem er im Oktober in Gutu von mutmaßlichen ZANU-PF-Anhängern verprügelt worden war. Seine Frau und andere Verwandte wurden wegen Verleumdung angeklagt, nachdem sie ZANU-PF-Mitglieder beschuldigt hatten, dafür verantwortlich zu sein. Niemand wurde wegen des Mordes verhaftet.

Recht auf ein faires Verfahren

Am 4. Juni sprach der Oberste Gerichtshof zwei MDC-A-Anhänger Last Tamai Maengahama und Tungamirai Madzokere frei und ordnete ihre sofortige Freilassung aus dem Hochsicherheitsgefängnis Chikurubi an. Sie waren 2016 wegen des Mordes an einem Polizeibeamten der Republik Simbabwe zu 20 Jahren Haft verurteilt worden.

Recht auf Wohnraum

Tausende wurden obdachlos, weil die Behörden Häuser abrisen, die auf von der Regierung als "illegale Siedlungen" bezeichneten Flächen errichtet worden waren.

In ländlichen Gebieten wurde vielen Gemeinschaften mit Zwangsräumung gedroht oder sie wurden vertrieben, weil sie sich "wirtschaftlichen Investitionsinitiativen" widersetzen. So wurden beispielsweise in Chisumbanje in der Provinz Manicaland Tausende von Dorfbewohnern von ihrem Land vertrieben und ihre Ernten vernichtet, um Platz für die Erweiterung der Zuckerrohrplantage eines Brennstoffunternehmens zu schaffen.

Im März veröffentlichte die Regierung das Statutory Instrument 72A aus dem Jahr 2021, mit dem sie ihre Pläne für die bevorstehende Vertreibung von 12.000 Einwohnern von ihrem Land in Chilonga zurückzog, um Platz für ein Unternehmen zu schaffen, das Luzernegras (Alfalfa) anbauen will. Der Antrag wurde einen Tag vor der Anhörung vor dem Obersten Gerichtshof eingereicht, bei der es um die Anfechtung der Räumung durch die Gemeinde ging. Die Regierung legte dem Gericht ein Gegenpapier vor, in dem sie einräumte, die Gemeinde nicht ordnungsgemäß konsultiert zu haben und die Räumung nicht durchführen zu wollen, bevor sie nicht Wege gefunden habe, sie zu entschädigen und ihnen alternatives Land zur Verfügung zu stellen.

Recht auf Gesundheit

Im Januar verklagte die simbabwische Sektion des Medieninstituts des südlichen Afrikas die Regierung, weil sie es versäumt hatte, umfassende Covid-19-Informationen über private und öffentliche Tests, Isolierungsmaßnahmen und Behandlung zu verbreiten.

Die Impfstoffknappheit aufgrund des weltweiten Engpasses hielt an. Obwohl Indien 35.000 Dosen Covaxin gespendet hatte, konnten einige Menschen aufgrund der anhaltenden Knappheit keine zweite Impfung erhalten.

Im Juni, als die dritte Welle begann, weigerten sich die Behörden in einem Schreiben an die Afreximbank, drei Millionen Impfstoffdosen von Johnson & Johnson anzunehmen, da sie Bedenken wegen möglicher Nebenwirkungen und Lagerungsprobleme hatten. In der Zwischenzeit führten die Behörden eine Politik der häuslichen Pflege ein und argumentierten, dass die Mehrheit der an Covid-19 Erkrankten keinen Krankenhausaufenthalt benötige. Infolgedessen wiesen die öffentlichen Krankenhäuser Menschen mit Covid-19-Symptomen ab, und die Behandlung wurde zunehmend privatisiert. Private Krankenhäuser verlangten zwischen 2.000 und 5.000 US-Dollar für die notwendige Behandlung, durchschnittlich 3.500 US-Dollar pro Aufnahme, was weit über dem durchschnittlichen Monatseinkommen von 130 bis 300 US-Dollar lag.

Bis August starben 78 Angestellte des Gesundheitswesens, nachdem sie sich mit Covid-19 infiziert hatten. Im September führte die Regierung eine "Jabs for Jobs"-Politik ein. Einen Monat später erließ sie ein Rundschreiben, das es nicht geimpften Regierungsangestellten untersagte, an ihrem Arbeitsplatz zu erscheinen. Bei Missachtung der Richtlinie drohten Disziplinarmaßnahmen und Gehaltseinbußen.

Rechte von Frauen und Mädchen

Im März gab die Regierung bekannt, dass in den ersten beiden Monaten des Jahres 4.959 Mädchen schwanger geworden waren und dass mindestens 1.774 Mädchen vor ihrem 18. Lebensjahr heirateten.

Im Juli starb ein 14-jähriges Mädchen, nachdem sie in einem kirchlichen Schrein in der Provinz Manicaland entbunden hatte. Nach einem öffentlichen Aufschrei wurden ihr Ehemann und ihr Vater verhaftet und wegen Vergewaltigung bzw. Behinderung der Justiz angeklagt.

Schwangere Frauen und Mädchen waren nach wie vor dem Risiko lebensverändernder Verletzungen bei der Geburt ausgesetzt, darunter auch Geburtsfisteln, da viele aufgrund der unzureichenden Gesundheitsinfrastruktur, kultureller Praktiken und hoher Krankenhauskosten öffentliche Gesundheitseinrichtungen mieden und stattdessen zu Hause entbanden.

Recht auf eine Staatsangehörigkeit

Hunderttausende von Simbabwern liefen Gefahr, staatenlos zu werden. Aufgrund eines enormen Rückstaus bei den Anträgen warteten sie monatelang auf die Ausstellung von nationalen Registrierungsdokumenten durch das Registrar General's Office.